

# Für eine sozialistische Partei der DDR

## Ein Angebot für die Diskussion zum Programm

Als ein Angebot für die Diskussion zum Programm unserer Partei übermittelten Parteitagsdelegierte und Beteiligte des Projekts „Sozialismustheorie“ dem ND folgendes Papier. Ausgearbeitet wurde es von André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Jürgen Jünger, Dieter Klein, Hans-Peter Krüger, Dieter Seger, Hans Wagner und Rosi Will.

### I. Die DDR im Umbruch

Der staatlich-administrative Sozialismus ist als Gesellschaftssystem auch in unserem Lande endgültig gescheitert. Die revolutionäre Bewegung des Volkes der DDR hat im Herbst 1989 den Prozeß seiner demokratischen Beseitigung eingeleitet.

1. Neue gesellschaftliche Kräfte haben die Nachkriegsära endgültig beendet. Dazu gehören:

- die neuen politischen und sozialen Bewegungen für Frieden, Ökologie, Frauenrecht;
- die gesellschaftlichen und außenpolitischen Umwälzungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern,
- der Kampf der Entwicklungsländer um die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung,
- die in den letzten 20 Jahren in den westlichen Industrieländern sich vollziehenden innen- und außenpolitischen Wandlungen, darunter resultierende Differenzierungsprozesse, die zu mehr Realismus und Kooperationsbereitschaft führen.

Es wurde eine neue Epoche eingeleitet. In ihrem Mittelpunkt steht die Lösung der globalen Probleme. Das verlangt einen grundlegenden Wandel aller Gesellschaftssysteme und ihres internationalen Zusammenwirks. Die Fortschrittsrichtung heißt demokratischer Sozialismus.

2. Der administrative Sozialismus ist in die Krise geraten, da er es nicht vermochte,

– den neuen Entwicklungserfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht zu werden,

– zur Lösung der zunehmend selbst mitverursachten globalen Probleme beizutragen und

– unter den neuen Bedingungen einer Gesellschaft der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten.

Dies ist durch seine Grundstruktur bedingt. Die burokratische Konzentration aller entscheidenden Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte, über das gesellschaftliche Eigentum, die Macht und das geistige Leben der Gesellschaft hat freie Selbstbestimmung, Eigeninteresse und Verantwortung für sich und die Gesellschaft untergraben. Der administrative Sozialismus führt gesetzmäßig zu Stagnation, Krise und Fäulnis.

Damit wurden die von mehreren Generationen nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen Werte sozialer, humarer und kultureller Entwicklung deformiert und auf das äußerste gefährdet. Das Lebenswerk unserer Väter und Großväter ist bedroht. Die Zukunft unserer Kinder und Enkel ist in Frage gestellt.

3. Hunderttausende Genossinnen und Genossen haben sich nach dem zweiten Weltkrieg selbstlos dafür eingesetzt, dieses Land aus den Trümmern wieder aufzubauen. Dies darf niemand vergessen. Gemeinsam mit anderen waren es auch viele Mitglieder der SED, die sich ehrlich, verantwortungsvoll und engagiert für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR, für Demokratie und Freiheit, für Solidarität und Menschlichkeit einzusetzen. Sie haben teil daran, daß unser Land durch eine demokratische Revolution die Chance zu einem anderen neuen Weg gefunden hat.

Viele dieser Genossen wurden diskriminiert, isoliert, aus der Partei ausgeschlossen und verloren berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Andere haben innerhalb der SED unter immer größeren Schwierigkeiten für einen demokratischen Sozialismus gewirkt. Die Mehrheit der Parteimitglieder hat sich zu den Idealen der Perestroika bekannt und sich zunehmend gegen die Linie des XI. Parteitages gewandt. Sie haben zur Entwicklung eines kritischen und demokratischen Bewußtseins in unserem Land beigetragen. Auf sie alle stützen wir uns bei der Formierung zu einer modernen sozialistischen Partei.

Mit Bitternis müssen wir feststellen, daß es uns infolge der stalinistischen Strukturen der SED auch seit 1985 nicht gelungen war, diesen Neubeginn selbst einzuleiten. Es bedurfte der revolutionären Volksbewegung.

In jeder Revolution verlieren jene die Macht, die sie bisher ausübt haben. Wir begrüßen die Brechung des Machtmonopols der SED. Dies ist für alle jene in unserer Partei eine große Chance, die sich zu einem Weg des demokratischen Sozialismus bekennen. Es ist endlich der notwendige radikale Bruch möglich, der die Bedingung für einen neuen Anfang darstellt.

4. Viele Bürger der DDR orientieren sich, jetzt auch aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, an der Gesellschaft der BRD. Kann die einfache Übernahme dortiger Strukturen unsere Probleme hier lösen?

Die westeuropäischen Gesellschaften sind keine rein kapitalistischen Systeme. Wir wissen die modernen Errungenschaften dieser Gesellschaften, die sich die Werktätigen erkämpft haben, zu schätzen. Wir achten die freien

Formen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerbs, die der Ausbildung von Monopolstellungen in der Ökonomie, Politik und Kultur entgegenstehen. Insbesondere können wir lernen

- von der Praxis der Mitbestimmung auf Betriebs- und Zweigebene; von der dreifachen demokratischen Gewaltenteilung zwischen der Gesetzgebung, der Regierung und der Rechtsprechung;
- von der wachsenden Rolle der Öffentlichkeiten und der neuen sozialen sowie kulturellen Bewegungen;
- von dem hohen Stand der Wissenschafts- und Technikentwicklung;
- vom höheren Stellenwert kommunaler Mitbestimmung;
- von dem föderativen und gemeinsinnützigen Charakter vieler Arten der Kulturförderung.

Aber zugleich dürfen wir nicht übersehen, wie begrenzt diese Errungenschaften sind. Sie finden ihre Grenze an den strategischen Machtinteressen kapitalistischer Monopole, insbesondere der transnationalen Konzerne, und der militärisch-industriellen Komplexe.

2. In der demokratischen Opposition gegen die monopolistische Verschmelzung von Partei-Staats- und Wirtschaftsapparaten haben sich in unserem Land bereits neue kulturelle Zwecksetzungen, Werte und Normen herausgebildet, auf die wir stolz sein können. Der friedliche Charakter der demokratischen Volksbewegung unseres Landes wird weltweit gewürdigt und stellt eine ausstrahlungskräftige Anregung für eine neue Art von gesellschaftlichem Zusammenleben dar. Dazu im Gegensatz hat die bürokratische Deformation des wirtschaftlichen und politischen Lebens der DDR zu Bedürfnisstrukturen geführt, die wir in einem öffentlichen und gemeinsamen Lernprozeß überwinden müssen: zur Verinnerlichung der ständigen Mangelwirtschaft in zwangsangepaßte Bedürfnisse bestimmter Gruppen, zum korrumptierten Leben von Gruppen auf Kosten anderer, zum Ersatz gesellschaftlich aktiven Zusammenlebens durch den Rückzug in private Bereiche.

3. Wir benötigen eine kulturvolle Neugestaltung des Verhältnisses zwischen den Wirtschaftsweisen und den Lebensweisen. Unsere Städte und Dörfer müssen zu wirklich lebenswerten Räumen ausgestaltet werden. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, daß die Arbeitenden über ihre Arbeitsbedingungen im hohen Maße selbst bestimmen und die Arbeit für jeden zum Feld der reichen Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und kreativer Fähigkeiten wird.

4. Das Volk der DDR, alle seine Parteien, politischen und sozialen Bewegungen stehen heute vor einer historischen Entscheidungssituation: Welchen Weg soll die DDR gehen?

Die ökonomische und soziale Krise hat die Möglichkeiten der Selbstbestimmung dieses Weges auf das äußerste eingeengt. Aber für das Leben aller Bürgerinnen und Bürger und der zukünftigen Generationen ist es von einschneidender Bedeutung, welche historische Richtung gewählt wird.

5. Das Volk der DDR, alle seine Parteien, politischen und sozialen Bewegungen stehen heute vor einer historischen Entscheidungssituation: Welchen Weg soll die DDR gehen?

6. Ein mündiges Volk braucht die Umgestaltung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Verbraucherlebens.

7. Demokratie braucht Kultur. Ein mündiges Volk braucht Fachleute von internationalem Niveau auf allen Gebieten. Für Experten gilt wie für alle das Leistungsprinzip. Sie haben keine sozialen Privilegien. Wir treten in diesem Sinne konsequent für die Freiheit der Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst ein. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Gefahr groß, daß geistige Reichtum und hohen moralischen Ansprüchen der Böden entzogen wird. Dies würde dem Charakter unserer Volksbewegung widersprechen und das Entwicklungspotential von morgen dem heutigen Überleben kurzfristig opfern. Die genannten gesellschaftlichen Bereiche benötigen im Lebensinteresse unseres Volkes eine moderne materiell-technische Basis, um dem internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein.

8. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

9. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

10. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

11. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

12. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

13. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

14. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

15. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

16. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

17. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

18. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

19. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

20. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

21. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

22. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

23. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

24. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

25. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

### II. Für eine moderne Kulturgesellschaft

1. Die globalen Probleme werden in allen bestehenden Gesellschaftsordnungen durch staatliche und ökonomische Monopolbildung bis zur Existenzgefährdung verschärft statt gelöst. An die Stelle der rücksichtslosen ökonomischen und machtausübenden Ausbeutung der natürlichen Umwelt und unserer eigenen Menschennatur muß weltweit etwas anderes treten: die wirksame Regulierung des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs nach neuen kulturellen Zwecksetzungen, Normen und Werten.

Was nutzt all unser Streben nach immer höherem Wohlstand, wenn dieser auf Kosten unserer Kinder und Enkel, auf Kosten unserer eigenen natürlichen Lebensgrundlagen erwirtschaftet wird? Wir alle brauchen Ziele, durch die unser Leben sinnvoll und produktiv, statt sinnlos und destruktiv wird. Nutzen wir den demokratischen Aufbruch unseres Landes, um voneinander zu lernen, wie wir in all unserem Handeln diese drei Orientierungen verbinden: die individuelle Selbstverwirklichung jedes Menschen mit dem solidarischen Verhalten gegenüber allen Benachteiligten und mit dem Schutz der Umwelt. Diese Verbindung ist in unser aller Interesse, wie auch im Lebensinteresse jedes einzelnen.

2. In der demokratischen Opposition gegen die monopolistische Verschmelzung von Partei-Staats- und Wirtschaftsapparaten haben sich in unserem Land bereits neue kulturelle Zwecksetzungen, Werte und Normen herausgebildet, auf die wir stolz sein können. Der friedliche Charakter der demokratischen Volksbewegung unseres Landes wird weltweit gewürdigt und stellt eine ausstrahlungskräftige Anregung für eine neue Art von gesellschaftlichem Zusammenleben dar. Dazu im Gegensatz hat die bürokratische Deformation des wirtschaftlichen und politischen Lebens der DDR zu Bedürfnisstrukturen geführt, die wir in einem öffentlichen und gemeinsamen Lernprozeß überwinden müssen: zur Verinnerlichung der ständigen Mangelwirtschaft in zwangsangepaßte Bedürfnisse bestimmter Gruppen, zum korrumptierten Leben von Gruppen auf Kosten anderer, zum Ersatz gesellschaftlich aktiven Zusammenlebens durch den Rückzug in private Bereiche.

3. Wir benötigen eine kulturvolle Neugestaltung des Verhältnisses zwischen den Wirtschaftsweisen und den Lebensweisen. Unsere Städte und Dörfer müssen zu wirklich lebenswerten Räumen ausgestaltet werden. Wir müssen sicherstellen, daß in den kulturellen Lernprozessen stets auch die internationalen Erfahrungen ausländischer Kulturen Eingang finden. Nur auf diese Weise können wir den demokratischen Aufbruch des Volkes der DDR stabilisieren, ohne neue Feindbilder nach innen oder nach außen aufzurichten. Wir treten für die Achtung der nationalen Interessen und die gleichberechtigte Teilnahme der sorbischen Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben der DDR ein.

4. Ein mündiges Volk braucht die Umgestaltung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Verbraucherlebens.

5. Die Wirtschaftsreform hat die Umgestaltung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Verbraucherlebens.

6. Ein mündiges Volk braucht die Umgestaltung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Verbraucherlebens.

7. Demokratie braucht Kultur. Ein mündiges Volk braucht Fachleute von internationalem Niveau auf allen Gebieten. Für Experten gilt wie für alle das Leistungsprinzip. Sie haben keine sozialen Privilegien. Wir treten in diesem Sinne konsequent für die Freiheit der Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst ein. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Gefahr groß, daß geistige Reichtum und hohen moralischen Ansprüchen der Böden entzogen wird. Dies würde dem Charakter unserer Volksbewegung widersprechen und das Entwicklungspotential von morgen dem heutigen Überleben kurzfristig opfern. Die genannten gesellschaftlichen Bereiche benötigen im Lebensinteresse unseres Volkes eine moderne materiell-technische Basis, um dem internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein.

8. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

9. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

10. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

11. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

12. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

13. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

14. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

15. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

16. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

17. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

18. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

19. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

20. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

21. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

22. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschaltung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Macht ausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

(Fortsetzung von Seite 3)

Staaten bleibt jedoch noch immer weit hinter den Erfordernissen einer existentiell gefährdeten Welt zurück. Wir wollen keine Wahl, ob die Existenz der Menschheit durch den atomaren Winter oder den Wärmekrieg der Erde, durch die Unterentwicklung oder die Fehlentwicklung der Wirtschaftsgesellschaft, den Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikt beendet wird. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Erneuerung der DDR darauf gerichtet wird, einen wirksamen Beitrag zur Lösung der globalen Menschenrechtsfragen und zur umfassenden internationalen Zusammenarbeit zu leisten. Wir treten für radikale Abrüstung, die friedliche Belebung internationaler Konflikte, umfassende Anstrengungen zur Bewahrung der Natur und für eine gerechte Weltwirtschaft ein. Wir führen uns das Gedanken des Internationalismus und der Solidarität mit allen fortschrittenen Kulturen verbunden.

Fast 90 Prozent der Menschheit leben heute in den Entwicklungsländern. Dem Kampf ihrer Völker gegen neokoloniale Ausplünderung, gegen ihre Umlämmierung durch die transnationalen Konzerne und für die Durchbrechung des Mechanismus der Unterentwicklung gehört unsere volle Unterstützung. Das wird die weitere Entwicklung unserer gesamten Strategie stark zu prägen haben.

4. Im Herzen Europas gelegen, muß die DDR auf einen prinzipiellen Wandel der europäischen Staatenbeziehungen hinwirken, der zur Entmilitarisierung und Demokratisierung, zur vielfältigen Einheit und zu gemeinsamem Fortschritt eines kooperativen Europas führen würde, das einen wesentlichen Beitrag zu einer solidarischen und überlebensfähigen Welt leisten kann. Die DDR muß zu einem produktiven Faktor beim Aufbau neuer blockübergreifender Strukturen und einer Friedensordnung in Europa werden. Dazu ist die Öffnung unseres Landes nach West und Ost erforderlich, die Vernetzung der europäischen Gesellschaften fördert. Auf Grund ihrer geografischen Lage hat die DDR einen besonderen Beitrag zur Herausbildung kooperativer Sicherheitsstrukturen zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu leisten. Die DDR sollte eine Einbeziehung in die westeuropäische Integration als souveräner Partner anstreben und zugleich aktiv die Revitalisierung der sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit betreiben und so als Mittler für das Entstehen eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes wirken. Es muß das Interesse der DDR sein, daß der in Helsinki 1975 vereinbarte KSZE-Prozeß in eine solche Richtung geführt und institutionalisiert wird. Wir schlagen daher die Ausarbeitung von Vorstellungen der DDR für eine europäische Sicherheitsgemeinschaft, eine europäische Rechtsordnung, eine europäische ökologische Ordnung sowie einen europäischen Technologieverbund vor.

5. Das Bündnis mit der Sowjetunion ist die außenpolitische Existenzfrage für die DDR. Mit der Perestroika in der UdSSR und der Anstrengung für einen demokratischen Sozialismus in der DDR eröffnet sich für das Verhältnis zwischen beiden Staaten die Möglichkeit einer Sicherheits- und Wertegemeinschaft auf neuer und gleichberechtigter Grundlage. Wirtschaftliche Ver-

flechtung, umfassende politische Kooperation, intensive kulturelle und humanitäre Beziehungen mit der Sowjetunion sind für die DDR von vitaler Bedeutung.

Unsere östlichen Nachbarn sind für die DDR wichtige Verbündete und Partner. Gegenseitiges Vertrauen, Respektierung der Interessen und volle Öffnung für den gesellschaftlichen Austausch sind notwendige Bedingungen für die zukünftige Zusammenarbeit. Wir treten für die Politisierung und Demokratisierung des Warschauer Vertrages ein, um dieses Bündnis zu einem vollwertigen Element gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen zu entwickeln.

6. Unsere Partei erachtet es als dringlich, die Beziehungen der DDR zur BRD auf zeitgemäße Grundlagen zu stellen. Die Ausrichtung auf eine kooperative Koexistenzpolitik, eine Verantwortungsgemeinschaft beider Staaten, das dichte Geflecht vertraglicher Beziehungen sowie die Erfahrungen im Umgang miteinander und die Berücksichtigung der Interessen Drittländern bieten dafür günstige Ausgangspositionen. Zugleich hält es unsere Partei für notwendig, überholte theoretische und politische Auffassungen zu korrigieren.

Wir bekunden unseren demokratischen Respekt vor allen Bürgern, die sich mit der deutschen Nation identifizieren. Wir wenden uns dagegen, daß jede Äußerung des Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit von vornherein als "revanchistisch" ausgegrenzt wird. Eine solche Ausgrenzung würde den nationalistischen, revanchistischen und chauvinistischen Mißbrauch nationaler Gefühle fördern. Die nationale Identifikation fällt jedoch nicht zwangsläufig mit dem Wunsch zusammen, aus den bei den existierenden deutschen Staaten einen neuen deutschen Gesamtstaat zu bilden.

Wir gehen von der Existenz einer deutschen Frage als europäisches Problem und dem Vorhandensein tiefverwurzelter nationaler Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen beider Staaten aus.

Die notwendige Annäherung beider deutscher Staaten zu einer Vertragsgemeinschaft und weitergehendem Zusammenschluß muß daher auf die Annäherung und den Zusammenschluß aller europäischen Staaten gerichtet sein. Deshalb orientiert unsere Partei auf eine qualifizierte Partnerschaft beider deutscher Staaten für Europa als gemeinsamen Beitrag für die künftige Architektur unseres europäischen Hauses. Hingegen wenden wir uns gegen alle Versuche, die deutsche Frage deutsch-national zu lösen, gegen alle Modelle deutscher Einheit, die nicht auf Vereinigung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas oder gar gegen die Völker Osteuropas gerichtet sind. Wir setzen uns für die unbedingte Repräsentierung der europäischen Grenzen ein, wie sie im Gefolge des von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieges entstanden sind, insbesondere für die Repräsentierung der polnischen Westgrenze.

Die europäischen Völker haben die deutsche Frage in Form von zwei Weltkriegen und des Faschismus erlebt. Sie haben das Recht, wir haben die Pflicht, das nicht zu vergessen.

## VI. Für eine moderne sozialistische Partei der DDR

1. Wir wollen eine neue Partei sein. Dazu müssen wir neue Strukturen schaffen, denn die stalinistischen Befehlstrukturen haben uns alle zu Mitzuhilfigen gemacht. Wir müssen uns vom alten Denken befreien. Das geht aber nur in einem Lernprozeß, der von uns wahrhaftig, tolerant und kultiviert gestaltet werden muß.

Diese neue Partei gewinnt ihre Einheit aus dem Wettstreit der Ideen aller ihrer Mitglieder, aus deren Plattformen und innerparteilichen Strömungen. Unsere Einheit wird nicht durch Geschlossenheit, sondern durch Offenheit gegenüber allen sozialistischen Standpunkten gewonnen. Wir wollen von anderen demokratischen Bewegungen lernen.

Beschlüsse führen zu organisiertem und einheitlichem Handeln. Minderheiten haben das Recht, ihren Standpunkt weiter zu qualifizieren, zu vertreten und erneut zur Entscheidung zu stellen.

2. Diese moderne sozialistische Partei versteht die fortlaufende Arbeit an ihren programmativen Orientierungen und an ihren strategischen Vorstellungen als eine wesentliche Grundlage ihrer politischen Tätigkeit. Davon ausgehend wirken die Mitglieder der Partei gleichberechtigt neben und mit denen anderer politischer Kräfte für eine demokratisch-sozialistische Gestaltung unseres Lebens.

3. Diese moderne sozialistische Partei wird basisdemokratische Strukturen bilden, die sichern, daß sie eine Partei ihrer Mitglieder ist. Sie muß bescheiden in ihren Ansprüchen sein und mit einem wesentlich geringeren Zeitaufwand politische Arbeit leisten. Ohne berufliche Ausübung von Politik kann eine moderne Partei nicht existieren. Der Apparat erhält keinerlei politische Machtfaktur. Er ist daher klein und übersichtlich zu gestalten.

Basismokratie erfordert ein Statut, das schöpferische und kritische Aktivität jedes Parteimitglieds fördert und die innerparteiliche Diskussion effektiv ermöglicht, statt Grundlage von Parteidiskiplinierung zu sein.

4. Diese moderne sozialistische Partei steht in den Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie versteht sich als Teil der internationalen Linken. Sie bekennst sich zu den Traditionen von Marx, Engels und Lenin, der demokratischen, kommunistischen, sozialdemokratischen, sozialistischen und pazifistischen Bewegungen. Sie nimmt diese Traditionen kritisch in sich auf und wendet sich konsequent den veränderten Problemlagen der Gegenwart und Zukunft zu.

Sie ist sich vieler Bedürfnisse zu christlichen und anderen religiös begründeten humanistischen Standpunkten bewußt.

5. Diese moderne sozialistische Partei bildet ausgehend von den realen Interessen der Bürgerinnen und Bürger praktische Strategien auf der Grundlage theoretischer Konzeptionen. Jede politische und ideologische Bewertung und Einschränkung von Wissenschaft ist ihr fremd. In einer modernen, stark wissenschaftsbestimmten Welt wendet sie sich dem breiten Spektrum wissenschaftlicher Einsichten zu und schaut nach einem engen Verhältnis zu Wissenschaftlern und Künstlern.

6. Diese moderne sozialistische Partei konstituiert sich nach dem Regionalprinzip, um ihre Vertreter den Wählern zu präsentieren. Sie will aber der Verfechtung des Lebensaltags mit politischen Fragen auch in der Arbeitswelt nicht ausweichen. Ihre Mitglieder werden dort für die Interessen der Werktagen streiten. Formen und Möglichkeiten dafür müssen in einem Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden.

Das hier umwisse neue Selbstverständnis unserer Partei verlangt einen intensiven längeren Prozeß der Anlegung ihrer Programmatik durch alle Parteimitglieder und die Überwindung verhafte geprägter Denk- und Verhaltensweisen. Es muß sich im gemeinsamen Handeln der Genossinnen und Genossen für die Interessen unseres Volkes verwirklichen.

## Ohne ökonomische Stabilität fehlt der radikalen Erneuerung die Basis

Gespräch mit Gabi Zimmer, Parteivorstandsmitglied, Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk

ND: Bist du mit den Ergebnissen der ersten Beratung des außerordentlichen Parteitages zufrieden?

Gabi Zimmer: Wir sehen einen Hoffnungsschimmer, um überhaupt den Parteitag fortzusetzen und dann zu einem soliden Ergebnis kommen zu können. Aber mehr war – bei realistischem Herangehen und bedenken man die kurze Vorbereitungszeit – kaum möglich. Sehr wichtig, daß alle Entscheidungen demokratisch erstritten und mit großer Mehrheit angenommen wurden. Ich meine auch das klare Bekenntnis zur Verantwortung. So wurde auch die Frage Auflösung, Spaltung nach harter Diskussion eindeutig beantwortet.

ND: Wie ist die Situation der Partei im Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl?

Gabi Zimmer: Sie hat sich in der vorigen Woche sehr zugezogen. Es gab Forderungen wie "Partei raus aus dem Betrieb".

Sie wurden auf sehr spektakuläre Weise an uns herangetragen. Auch mit anonymen Anrufern, Drohungen, Beschimpfungen. Auf der anderen Seite zeigte sich bei Gesprächen in Kollektiven, mit Genossen und parteilosen Werktagen, daß wir eigentlich überall gehörig worden sind. Überall Dinge konnten wir gemeinsam reden und feststellen, daß unsere Auffassungen gar nicht so sehr unterschiedlich sind.

ND: Wie geht es in dieser Woche weiter?

Gabi Zimmer: Heute (Montag) werden wir die Parteileitung nach der Arbeitszeit zusammennehmen, uns zu ersten Feststellungen, Festlegungen bzw. Orientierungen verständigen. Wir wollen uns konsequent dazu bekennen, künftig im Rahmen eines Parteitats im Betrieb zu wirken. Die politische Heimat für die Genossen bleibt die Partei im Betrieb, wenn auch in völlig neuen Formen. Es gibt noch keine konkreten Festlegungen dazu, wie sich alle Genossen in den Territorien organisieren. Das muß ordentlich vorbereitet werden. Wir gehen dabei nicht in die Defensive. Ich stehe dazu: Parteiarbeit außerhalb des Betriebes und der Arbeitszeit auf ehrenamtlicher Basis.

ND: Entscheidend für die Zukunft des Landes ist die ökonomische Konsolidierung. Was wird der Betrieb dazu einbringen?

Gabi Zimmer: Ja, ohne wirtschaftliche Stabilität, ohne Erfüllung der Aufgaben, ohne zuverlässige Arbeit der Werktagen auch unter komplizierten Bedingungen ist der Sozialismus in unserem Lande nicht zu halten, fehlt

der radikalen Erneuerung letztlich die Basis.

ND: Und die Bereitschaft dazu?

Gabi Zimmer: Das ist vorhan- den, wenn auch differenziert. In der vergangenen Woche erklärten in zahlreichen Gesprächen Werktag – Parteilese und Genossen –, daß sie, um irgendwelche politischen Forderungen durchzusetzen, gegenwärtig einen Generalstreik ablehnen. Auf dieser Bereitschaft gilt es aufzubauen – im Wissen, daß wir nur durch harte Arbeit aller in der Lage sind, die Dinge zu ordnen, der Regierung das entsprechende Hinterland zu geben.

ND: Noch einmal zurück zur Forderung "Partei raus aus dem Betrieb". Was bedeutet das persönlich für dich als Parteisekretär?

Gabi Zimmer: Es gab eine Entscheidung des Generaldirektors.

Sie besagte, daß keine Funktionäre, die – egal in welchem Bereich – im oder außerhalb des Werkes tätig waren, im Betrieb eine Arbeit außerhalb der materiellen Produktion bekommen.

Ich bin Sprachmobilier für russisch und französisch. Das hätte praktisch bedeutet, als Ungelernte eingesetzt zu werden. Davor würde ich mich nicht scheuen. Aber ich meine, wir sollten jeden entsprechend seinen Fähigkeiten und der Bereitschaft im gegenwärtigen Prozeß mitzuwirken, einsetzen. Übrigens hat Generaldirektor Sigmar Müller jetzt in einem persönlichen Gespräch zugesichert, entsprechend Ausbildung, Erfahrungen und Kenntnissen über den Einsatz der betroffenen Genossen konkret zu befinden.

Für ND fragte Arno Oberländer

## Er braucht den täglichen Kontakt zu den Arbeitern

Im Parteivorstand: Jürgen Recla, Umformtechnik Erfurt

Zu den Mitgliedern des neu gewählten Parteivorstandes gehört auch Jürgen Recla aus dem Kombinat Umformtechnik Erfurt. Er war 27 Jahre als Dreischichtarbeiter in diesem traditionsreichen Erfurter Werkzeugmaschinenbetrieb tätig und ist seit fünf Jahren Sekretär einer Grundorganisation. Auf die Frage, mit welchen Gefühlen er das Mandat der Erfurter Bezirksparteiorganisation übernommen habe, antwortete der 50jährige: "Ich habe mich in einer unwahrscheinlich komplizierten Zeit diesen Anforderungen gestellt. Und ich werde mir in meiner Arbeit im Betrieb sicher noch manche Beule holen. Ich werde jedoch meine ganze Kraft für die Sache des Sozialismus einsetzen und wirklich alles tun, damit es in unserem Lande wieder vorwärts geht. Nur durch die angestrengte Arbeit aller Genossen können wir erreichen, daß die Menschen Vertrauen zu unserer Partei finden."

Jürgen Recla gehörte auch als "Hauptamtlicher" nicht zu denen, die sich tagsüber am Schreibtisch festhielten. Er kennt die Praxis. 160 bis 170 Stunden hat er Jahr für Jahr am Bohrwerk gestanden, um mit möglichst vielen Genossen über den Entwurf des Statuts und den Diskussionsstandpunkt für alternativen Sozialismus zu sprechen. Denn ich möchte möglichst viele Vorschläge in die Diskussion einbringen. Vom Parteitag erwarte ich eine schonungslose Abrechnung mit der Vergangenheit, damit wir gestärkt nach vorn blicken und an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben konzentriert herangehen können."

Klaus Bliedtner

Arbeitsplatz in der materiellen Produktion haben. So werde ich auch als Mitglied der Parteiführung immer den besten Kontakt zu den werktagigen Menschen haben und gut über ihre Vorstellungen und Sorgen informiert sein. Parteiarbeit ist ehrenamtliche Arbeit. Wir sprechen derzeit darüber, wie wir unsere Kräfte auch in den Wohngebieten formieren können. An die Seite der dort tätigen, meist älteren und erfahrenen Genossen müssen nun verstärkt junge Parteimitglieder treten. Es kommt darauf an, feinfühlig mit allen Genossen zu sprechen, damit wir diesen Prozeß der Neuordnung gut und rasch vorwärts können."

Angesprochen auf die Fortsetzung des außerordentlichen Parteitages am Wochenende, erklärte Jürgen Recla: "Ich werde die kurze Zeit, die mir verbleibt, nutzen, um mit möglichst vielen Genossen über den Entwurf des Statuts und den Diskussionsstandpunkt für alternativen Sozialismus zu sprechen. Denn ich möchte möglichst viele Vorschläge in die Diskussion einbringen. Vom Parteitag erwarte ich eine schonungslose Abrechnung mit der Vergangenheit, damit wir gestärkt nach vorn blicken und an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben konzentriert herangehen können."

Jürgen Recla gehörte auch als "Hauptamtlicher" nicht zu denen, die sich tagsüber am Schreibtisch festhielten. Er kennt die Praxis. 160 bis 170 Stunden hat er Jahr für Jahr am Bohrwerk gestanden, um mit möglichst vielen Genossen über den Entwurf des Statuts und den Diskussionsstandpunkt für alternativen Sozialismus zu sprechen. Denn ich möchte möglichst viele Vorschläge in die Diskussion einbringen. Vom Parteitag erwarte ich eine schonungslose Abrechnung mit der Vergangenheit, damit wir gestärkt nach vorn blicken und an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben konzentriert herangehen können."

Wer jetzt, da die Partei aus dem durch stalinistische "Spindeln" bewirkten Dornröschenschlaf jahrelang erstarrrt ist, erwacht eine neue. "Wir müssen uns den Berg wieder hinaufkämpfen. Und das wird viel Kraft kosten. Die meisten derer, die bei uns geblieben sind, haben davor keine Angst."

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ehrbarkeiten in Mode sind, sondern das persönliche Einstehen einer Geschichte unserer Partei.

In guter Stunde, weil nicht